

# Für eine ökosoziale Ordnung

Streitschrift eines Systemreformers gegen den Neoliberalismus

In einer Kritik des Kasinokapitalismus fordert der Publizist Roger de Weck die Aufwertung produktiver Arbeit. Ziel ist ein reguliertes Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital im Rahmen einer neuen Marktlogik.

Martin Woker

«Auf Dauer kann nur ein neuer Rahmen den Kapitalismus vor den Kapitalisten retten.» Gegliedert in acht kurze Kapitel, liegt vom Publizisten und einstigen Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» und der «Zeit» Roger de Weck ein bemerkenswerter Leitfadens zum Umgang mit der Wirtschaftskrise vor. Abgesehen von Ursachenforschung nimmt der Autor für sich in Anspruch, den Weg aus der Krise zu kennen. Auf die im Untertitel gestellte Frage «Gibt es einen anderen Kapitalismus?» hat de Weck eine klare Antwort: die ökosoziale Marktwirtschaft.

## Ein Nullsummenspiel

Dürfen oder sollen wir den Kapitalismus, der den Menschen formt, formen? Wir sollen nicht nur, wir müssen, lautete de Wecks Antwort. Jene, die keine Eingriffe in die allumfassenden Gesetze des Marktes wollen, subsumiert der Autor als Neoliberale oder Ultraliberale. Ihnen schiebt er die Schuld an den jüngsten, die Welt erschütternden wirtschaftlichen Krisen zu. Deren Ursache sieht de Weck in einer grenzenlosen Gier, welche auf den Finanzmärkten die Phantasie über die Substanz siegen liess. Als Folge davon entfernten sich Kapitalismus und Kapitalisten nicht nur von der Realwirtschaft, sondern auch von der Realität. Nicht die Industrie, sondern der Finanzsektor wurde zum Angelpunkt des Systems, mit den bekannten Folgen seit der Subprime-Krise in den USA. Eine weitere Folge dieser Entwicklung waren firmeninterne Spar-

programme, die sich positiv an den Börsen niederschlugen – ungeachtet ihres langfristigen Nutzens für eine Firma. In einem «Diktat der kurzen Frist» benannten Kapitel kritisiert de Weck die verrückten Jahre des ungebremsten Wachstums des Finanzsektors. «Denn Spekulation ist letztlich ein Nullsummenspiel: was einer gewinnt, verliert ein anderer, genau wie im Kasino.»

Das Diktat der kurzen Frist, auch als Doktrin des Shareholder Value bekannt, bestimmt nach Ansicht des Autors unser Wirtschaftsleben. Zur Befriedigung der Börse müssten Firmen von Quartal zu Quartal bessere Resultate erzielen. Konzerne würden unter diesem Druck zu oft und zu fahrig umgebaut, so dass ihre Effizienz eher sinke. «Solch strukturelle Selbstbeschäftigung,



Roger de Weck: **Nach der Krise. Gibt es einen anderen Kapitalismus?** Verlag Nagel & Kimche im Carl-Hanser-Verlag, München 2009. 112 S., Fr. 18.90.

die Riesenunternehmen auf Trab hält, ist Scheinarbeit.» Gleichzeitig aber beklagen Topmanager, die dank «goldenen Fallschirmen» und Abfindungen bestabgesicherte Angestellte sind, die Vollkasko-Mentalität ihrer risikoscheuen Mitbürger. De Wecks Fazit: Ein stabiler Kapitalismus verbietet die Spekulation, fordert von den Finanzinstituten mehr Eigenkapital, bestraft Lohn- und Bonusexzesse und begünstigt Gewinne aus nachhaltiger Firmenstrategie mit Steuerrabatten.

Wenig verwunderlich, dass der Autor für seine Vision eines andern Kapitalismus einen neuen Rahmen fordert, wozu wiederum politische Reformen erforderlich sind. «Weder Markt noch Staat, weder Regulierung noch Deregulierung

sind Allheilmittel – das ist der Erkenntnisgewinn aus der Krise, und der lädt zum Differenzieren ein.» Die Ultraliberalen hätten diesbezüglich Verwirrung gestiftet und Regulation und Intervention gleichgesetzt und beide verdammt. Obwohl es sich dabei um zwei gegensätzliche Arten der Staatstätigkeit handle. Eine sinnvolle Regulierung, so de Weck, sei nicht Etatismus, sie verhindere ihn. Als Beispiel notwendiger Regeln wird «die Schliessung von Teilen des Spielkasinos» gefordert. Denn geradezu pervers sei die Spekulation auf Grundnahrungsmittel, wenn Preisausschläge kurzfristig die Dauerhungersnot von Millionen von Menschen verschärfen. Einigermassen brisant (oder gemässigt – je nach Sichtweise) ist der Vorschlag, für Bestverdiener die Begrenzung ihrer Einkünfte auf das Fünffache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen zu beschränken.

Weil heute der Markt die Gesellschaft beherrsche, statt ihr zu dienen, mangle es an elementaren Voraussetzungen des Zusammenlebens, wie Anstand, Verantwortung und Solidarität. Letzteres setzt der Autor in einen globalen Zusammenhang und fordert, dass lebensnotwendige Ressourcen wie etwa die Luft mit einem Preis versehen werden. Denn, so sein Schluss, «Frieden und eine stabile Weltwirtschaftsordnung» hängen «von der politischen Weitsicht und ethischen Einsicht in die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Interessen zwischen Nord und Süd ab».

## Solider Hintergrund

Auch wenn man mit manchen Folgerungen de Wecks nicht einiggehen mag – seine Streitschrift fusst auf solidem theoretischem Hintergrund, ist leicht lesbar, ohne sich populistischer Phrasen zu bedienen, und sie erscheint zum richtigen Zeitpunkt: Da widerlegt einer in methodisch und stilistisch hervorragender Weise die oft gehörte Klage, wonach die satte Schweiz zu einer Debatte über Wege aus der Krise nicht imstande sei.

# Chinas Intellektuelle haben mehr Mut zu Offenheit

Die Macht des Parteiapparats unter neuen Herausforderungen

In China stehen Parteidiktatur und gesellschaftliche Dynamik in einem wachsenden Gegensatz. Erstmals ist nun eine deutschsprachige Studie zum Verhältnis zwischen Staat und Individuum erschienen.

Jürgen Kahl

Wenn westliche Medien über Wortmeldungen von kritischen chinesischen Intellektuellen berichten, treten diese meistens als Opfer staatlicher Repression in Erscheinung. Wie unterentwickelt die Neigung der politischen Führung in Peking ist, sich von öffentlichem Widerspruch in Frage stellen zu lassen, war auch beim prekären Gastauftritt Chinas auf der letzten Frankfurter Buchmesse zu erleben. Missliebige Schriftsteller mussten zu Hause bleiben. Peinlich unsouverän war schliesslich, wie die offizielle Delegation bei einer Auftaktveranstaltung lieber den Eklat riskierte, als sich der Diskussion mit chinesischen Oppositionellen zu stellen.

## Selbstbewusster Mittelstand

Solche Beobachtungen werden der Wirklichkeit in China jedoch nur bedingt gerecht. Die repressiven Reflexe sind auch deshalb anachronistisch, weil sie eine Kontrollgewalt vortäuschen, deren einschüchternde Wirkung in der tendenziell pluralistischen chinesischen Gesellschaft nur noch eingeschränkt verfangt. Vor allem die selbstbewusste städtische Mittelschicht lässt sich das selbständige Denken und auch den Mund nicht mehr so einfach verbieten.

Dass die Meinungsvielfalt vernehmbar ist, wird durch zwei Entwicklungen befördert. Einmal hat das Internet die medialen Bewegungsspielräume enorm erweitert und schwer kontrollierbar gemacht. Seit es ausserdem im Zuge des wirtschaftlichen Wandels in China den Stand der akademischen Freiberufler gibt, verfügen kritische Intellektuelle heute über eine Alternative, die sie vor den Pressionen ihrer staatlichen Arbeitgeber besser als früher schützt. Wie belebend sich beides auf die Bereitschaft und den Mut zur Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten auswirkt, wird in dem Essayband, den die Heinrich-Böll-Stiftung unter dem Titel «Wie China debattiert» herausgebracht hat, eindrucksvoll dokumentiert.

Es ist die erste deutschsprachige Publikation, die den streitbaren Diskurs quer zur politisch korrekten Linie in einer kompakten Auswahl von durchweg aktuellen Beiträgen zu Wort kommen lässt. Die aus den chinesischen Erstveröffentlichungen übersetzten Texte sprechen für sich. In fünf Themenkomplexen spannt sich der Bogen von der Reflexion zur gesellschaftspolitischen Verantwortung der Intellektuellen über die Bestandaufnahme von 30 Jahren Reformpolitik bis zu der Frage, wie sich die Globalisierung auf die Ent-

wicklung Chinas auswirkt. Dabei fällt auf, wie weit sich die Intellektuellen von der studentischen Demokratiebewegung von 1989 entfernt haben. Was sie antreibt, sind nicht Ismen-Gläubigkeit und politische Heilerwartungen, sondern der nüchtern und sachkundig analysierte Problemdruck, der auf Staat und Gesellschaft lastet und das teilreformierte System an die Grenzen seiner Funktionsfähigkeit geführt hat.

«Die Rube wird links und rechts angeschnitten und wird immer kleiner, aber den Salat daraus essen immer dieselben.» Der Ökonom Qin Hui, der an der Pekinger Qinghua-Universität lehrt, benutzt das Bild, um aufzuzeigen, warum er das chinesische Wirtschaftswunder in einer gefährlichen Schieflage sieht. Als kritische Verwerfungen benennt er das Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit sowie den Widerspruch, dass der Staat die Freiheitsrechte der Bürger beschneidet, dafür



Wie China debattiert. Neue Essays und Bilder aus China Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2009. 195 S., € 10.–.

aber nicht mehr soziale Verantwortung übernimmt, sondern sich immer weiter aus der Daseinsvorsorge zurückzieht. «Solange uns die politische Grundlage dafür fehlt», schreibt er, «dass die gesellschaftlichen Gruppen vernünftig ihre divergierenden Interessen aushandeln können, wird sich weiter nur der Stärkere durchsetzen.»

## «Politische Korruption»

Der Juraprofessor He Weifang, Mitunterzeichner der Bürgerrechtsresolution Charta 08 und von Peking in die Provinz strafversetzt, macht die Legitimationskrise des Systems, die sich in den Essays immer wieder mit dem Stichwort «politische Korruption» verknüpft, an den enttäuschenden Ergebnissen der Justizreform fest. Die Schlussfolgerung, die er daraus zieht, ist eindeutig: «Eine Diktatur wird nur schwerlich die Einschränkung ihrer Macht tolerieren.» Solange es keine Demokratie gebe, schützten auch noch so gut gemeinte Verfahrensregeln die Justiz nicht davor, von der politischen Macht missbraucht zu werden.

Bei der entscheidenden Frage, wie die «echten Durchbrüche» bei der Systemreform (Qin Hui) zustande kommen sollen, unterscheiden sich die Temperamente. Aber die Antworten verlieren sich im Ungefähren. Nimmt man den Befund, den die kritischen Betrachtungen zutage fördern, allerdings zum Nennwert, dann scheint der chinesischen Monopolpartei nicht allzu viel Zeit zum Umdenken zu bleiben.

# Wagenburg-Mentalität und Wilhelminismus

Stefan Kornelius über die Ungereimtheiten der deutschen Afghanistanpolitik

In einer der besten sicherheitspolitischen Studien der letzten Zeit untersucht Stefan Kornelius die Widersprüche des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan.

Christian Hacke

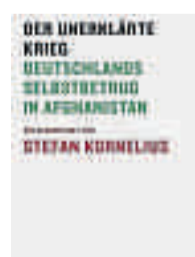
Als Selbstbetrug bezeichnet Stefan Kornelius, der Ressortleiter Aussenpolitik der «Süddeutschen Zeitung», den deutschen Afghanistan-Einsatz. Das Engagement gleiche einer Abfolge von Missverständnissen, die schliesslich zum Selbstbetrug geführt hätten. Die Bundeswehr führt Krieg, aber mit unzureichenden Mitteln, ohne Rückendeckung der Öffentlichkeit, ohne überzeugende Zielsetzung, ohne klare Strategie und ohne kraftvollen militärischen Einsatz: «Deutschland führt Krieg, aber von Krieg darf nicht gesprochen werden.»

## Streit um Wörter

Der Streit um die angemessene Terminologie ist für Kornelius nur eine von vielen Unehrlichkeiten: Während die Amerikaner, Briten, Kanadier oder Niederländer beim Isaf-Mandat militärische Aktionen mit einschliessen, beharren die Deutschen bis heute strikt auf einer Trennung zwischen zivilen und militärischen Massnahmen. Damit haben sie sich jedoch Zug um Zug ins bündnispolitische Abseits manövriert: «Die Bundeswehr beteiligt sich nicht an Offensivoperationen, sie lässt ihre Helikopter nicht nachts fliegen, sie hält sich bei der Drogenbekämpfung zurück, sie beachtet strikt ihr Einsatzgebiet.» Verboten ist auch die aktive Vertreibung

Aufständischer, die Durchsuchung von Häusern, die gezielte Suche nach Aufständischen. Die Verwicklung in ein Gefecht wird wegen Gefährdung der eigenen Sicherheit vermieden. Auch hat die Bundeswehr kaum Kontakte zur Bevölkerung.

Man reibt sich die Augen über so viele Ungereimtheiten, denn die Weigerung, sich auch militärisch schlagkräftig zu engagieren, widerspricht allen Geboten von Bündnisolidarität, wie Kornelius detailliert nachzuweisen vermag. Ausserdem vermisst er ein Gespür für



Stefan Kornelius: **Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan. Ein Standpunkt** Edition Körber, Hamburg 2009. 100 S., Fr. 18.50.

die Bedrohung der Bündnispartner im Süden des Landes. Stattdessen loben die Politiker in Berlin das eigene zivile Engagement im Norden über den grünen Klee (auch die gescheiterte Polizeiausbildung), kritisieren aber dafür öffentlich den militärischen Einsatz der Nato-Partner im Süden als martialisch.

Ist das nicht neudeutscher Wilhelminismus, nun zivilisatorisch definiert, im Spiel? Auch das vereinigte Deutschland findet offensichtlich noch keine aussenpolitische Balance zwischen harter und weicher Macht, zwischen militärischen Notwendigkeiten und zivilen Ansprüchen. Vielmehr dominiert für Kornelius beim Afghanistan-Engagement eine de-

fensive Wagenburg-Mentalität, die in den Augen des Autors als militärischer und politischer Realitätsverlust der Verantwortlichen in Berlin erscheint, denn die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Bundeswehr wird nicht von den Partnern geschätzt und vom Gegner gefürchtet, sondern präsentiert sich als Selbstverwaltungs- und Selbstverteidigungsarmee. Auch das erleichtert den Taliban seit Monaten den Vormarsch.

## Ansehensverlust in der Nato

Auch wenn in Berlin einige Vorbehalte aufgegeben wurden, so bleiben doch bis heute die Wagenburg-Mentalität in Afghanistan und das Schweigekartell von Bundesregierung, Parlament und militärischer Führung intakt. Warum? Der Kampf gegen den Terror hat Deutschland direkt bisher höchstens gestreift. Daher fühlen sich die Deutschen nicht existenziell bedroht. Afghanistan ist weit weg.

Mut zur Unpopularität hat offensichtlich kaum mehr Platz. Man kann Kornelius nur schwer widerlegen wenn er erklärt: Diese «Angst vor dem parteipolitischen Missbrauch lähmt die Politik und lässt die militärische Führung in Furcht erstarren». So schwindet Deutschlands Einfluss in der Nato weiter. Schon heute geht die militärisch-strategische Planung des Bündnisses in Afghanistan an Deutschland vorbei. Viele Bündnispartner, vor allem die Regierung Obama, schreiben Deutschland sicherheitspolitisch ab.

Stefan Kornelius kommt das grosse Verdienst zu, die Unzulänglichkeiten, Fehler und Versäumnisse des deutschen Engagements in Afghanistan schonungslos dargelegt zu haben.

# Worte und Unworte

Glossar zum korrekten Umgang mit belasteten Begriffen

Jürg Dedial · Mit wachsender Distanz zu den Weltkriegen schwindet langsam das Bewusstsein für die sprachlichen Entwicklungen, die diese Katastrophen hinterlassen haben. Es gibt ein ganzes Vokabular, das überdauert und teilweise höchst belastete Begriffe hinterlassen hat. Hinzu kommen ältere Wörter sowie auch einige junge Neuschöpfungen, die nicht selten unter dem Banner der politischen Korrektheit in unsere Alltagssprache hineingeraten sind. Allesamt bilden sie Anlass, bewusst mit ihren Bedeutungen umzugehen und diese nicht in falsche Zusammenhänge einzubetten oder sie kritikallos zu übernehmen, wenn sie nicht gebraucht werden dürften. Wie aber weiss man, ob man ein belastetes

Wort einsetzt oder nicht? Die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA, www.gra.ch) in Zürich hat ein Glossar erstellt, das über 70 solcher Begriffe aufführt und in verständlicher Sprache erklärt. Semantik und Milieu der Begriffe sind sehr unterschiedlich. Offenkundig antisemitische Wörter können sehr alte Wurzeln haben; der Nationalsozialismus hat dann eine ganze Reihe überliefert hinzugefügt. Aber auch der Stalinismus hat Spuren hinterlassen, deren man sich bewusst sein sollte. Insgesamt liegt eine einfache, klar einordnende und klug deutende Sammlung vor, die allen zu empfehlen ist, welche sich um einem seriösen Sprachgebrauch bemühen.